

Ingenieurvertrag

Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen

Knotenpunkt Eper Straße / Hermann-Ehlers-Straße

Zwischen dem

Stadt Gronau (Westf.)

vertreten durch

den Bürgermeister
Fachdienst Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün
Nebenstelle Planen, Bauen und Umwelt
Grünstiege 64, 48599 Gronau

- nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt -

und dem Ingenieurbüro

vertreten durch

Herrn/Frau

- nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt -

wird folgender Ingenieurvertrag geschlossen:

Inhalt:

- | | |
|---|---|
| § 1 Gegenstand des Vertrages | § 10 Honorar |
| § 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages | § 11 Gewährleistung, Verjährung, Abnahme und Haftpflichtversicherung des AN |
| § 3 Leistungsumfang des Auftragnehmers | § 12 Aufrechnung / Abtretung |
| § 4 Kostenrahmen | § 13 Vertragsstrafen |
| § 5 Allgemeine Vertragsbedingungen | § 14 Urheber- und Verwertungsrecht |
| § 6 Bevollmächtigung des Auftragnehmers | § 15 Rechtswahl, Erfüllungsort und Gerichtsstand |
| § 7 Leistungen des Auftraggebers | § 16 Schriftform |
| § 8 Fachlich Beteiligte | § 17 Salvatorische Klausel |
| § 9 Termine und Fristen | |

Die Funktionsbezeichnungen des Vertrages werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

HINWEIS: Soweit vor den Ziffern oder Textteilen Kästchen gesetzt sind, sind nur die mit einem Kreuz markierten vereinbart.

§ 1 Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Der signalgeregelte Knotenpunkt Eper Straße (L 572) / Hermann-Ehlers-Straße (L 510) stellt den am stärksten belasteten Verkehrsknotenpunkt im Stadtgebiet von Gronau dar. Das tägliche Verkehrsaufkommen beträgt rund 25.000 Kfz/24 h. Die Leistungsfähigkeit des Knotenpunkts ist bereits eingeschränkt; in den Spitzenstunden wird die Verkehrsqualität des Verkehrsablaufs der Stufe E zugeordnet. Darüber hinaus handelt es sich um eine Unfallhäufungsstelle.

Vor diesem Hintergrund ist ein grundlegender Umbau des Knotenpunkts erforderlich. Eine vorliegende Machbarkeitsstudie sieht eine Aufweitung des Knotenpunkts vor. Sowohl in Nord-Süd- als auch in Ost-West-Richtung sind zusätzliche Fahrstreifen geplant, um auch bei einer Anpassung des Signalprogramms eine ausreichende Leistungsfähigkeit sicherzustellen.

Aufgrund der unmittelbaren räumlichen Nähe ist zudem der benachbarte Knotenpunkt Eper Straße (L572) / Konrad-Adenauer-Straße / Moltkestraße in die Planung einzubeziehen, da beide Anlagen über ein gemeinsames Signalprogramm gesteuert werden. Es handelt sich hierbei um eine Signalanlage mit zwei Teilknoten im Abstand von <100 m. Die Detektion erfolgt mit Schleifen. Die Programmierung erfolgt mit der Software LISA.

Ergänzend wird das Planungsgebiet in südlicher Richtung bis zur Brändströmstraße erweitert. Im gesamten Planungsgebiet sind die Verkehrsflächen im wesentlichen grundhaft zu erneuern. Innerhalb des Planungsgebiets befindet sich zudem der Knotenpunkt Eper Straße / Laubstiege / Eschweg. Hier ist eine Verbesserung der Verkehrsführung für den Radverkehr vorgesehen. Sowohl die Laubstiege als auch der Eschweg sind als Fahrradstraßen ausgewiesen und erschließen die weiterführenden Schulen in Gronau. Derzeit erfolgt die Querung der Eper Straße für den Radverkehr über Radfurten; künftig soll eine Führung über die Fahrbahn ermöglicht werden. Darüber hinaus besteht ein politischer Prüfauftrag zur möglichen Umkehr der Einbahnstraßenregelung im Eschweg. Gegenwärtig ist lediglich die Einfahrt von der Eper Straße zulässig. Es soll geprüft werden, ob eine Ausfahrt auf die Eper Straße ermöglicht werden kann, um die Verkehrsführung zu verbessern.

Die Eper Straße und die Hermann-Ehlers-Straße sind Landesstraßen und befinden sich in der Baulast des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW). Die Gehweganlagen stehen in der Straßenbaulast der Stadt Gronau. Es ist vorgesehen, dass der Stadt Gronau die Projektdurchführung übertragen wird. Die Planungen sollen nach derzeitigem Stand einem externen Verkehrsaudit unterzogen werden.

Das Abwasserwerk der Stadt Gronau (Westf.) betreibt im Bereich der geplanten Baumaßnahme einen von Süden nach Norden verlaufenden Mischwasserkanal. Die Bestandsdimensionen variieren zwischen DN 300 und DN 800. Der etwa 2,00 m bis 2,50 m tief liegende Mischwasserkanal befindet sich teils in der Fahrbahn und teils in den Nebenanlagen. Das Abwasserwerk plant vom Kreuzungspunkt Eper Straße / Hermann-Ehlers-Straße bis zur Brändströmstraße die hydraulische Ertüchtigung und Trassenoptimierung des Kanals über eine Länge von etwa 400 m. Die vorgesehenen Nennweiten sind dem Generalentwässerungsplan der Stadt Gronau mit DN 600 – DN 800 zu entnehmen.

Die zu vergebenden Ingenieurleistungen umfassen die Planung der Verkehrsanlagen, der Lichtsignalanlagen und des Kanalbaus. Seitens der Stadtwerke Gronau GmbH ist die Erneuerung von Versorgungsleitungen vorgesehen, die von dieser eigenständig geplant werden. Die Koordination der v.g. Planungen ist Teil der angefragten Planungsleistungen.

Während der Bauzeit ist die jederzeitige Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge (Feuerwehr, Notarzt, Rettungswagen) bereits in der Planung nachzuweisen und mit der Feuerwehr und

dem Rettungsdienst abzustimmen. Dies bedingt zwangsläufig eine im Planungsprozess abzustimmende Bauabschnittsbildung.

- 1.2 Gegenstand dieses Ingenieurvertrages sind die Ingenieurleistungen der Leistungsbilder Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen.
- 1.3 Folgende räumliche Schwerpunkte und Besonderheiten sind hierbei als Zielvorstellung des AG (Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650 p Abs. 2 BGB) zu berücksichtigen:
 - 1.3.1 Grundlegender Umbau des Knotenpunkts Eper Straße (L 572) / Hermann-Ehlers-Straße (L 510) unter Einbeziehung des benachbarten Knotenpunktes Eper Straße (L572) / Konrad-Adenauer-Straße / Moltkestraße
 - 1.3.2 Grundhafte Erneuerung der Verkehrsflächen im gesamten Planungsgebiet
 - 1.3.3 Verbesserung der Führung des Radverkehrs im Knotenpunkt Eper Straße / Laubstiege / Eschweg unter Berücksichtigung der angrenzenden Fahrradstraßen Eschweg und Laubstiege
 - 1.3.4 Prüfung der Umkehr der Einbahnstraßenregelung im Eschweg
 - 1.3.5 Hydraulische Ertüchtigung und Trassenoptimierung des Mischwasserkanals vom Knotenpunkt Eper Straße / Hermann-Ehlers-Straße bis zur Brändströmstraße
 - 1.3.6 Nachweis und Sicherstellung der jederzeitigen Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge (Feuerwehr, Notarzt, Rettungswagen) während der Bauzeit.

Der AG ist berechtigt, die Zielvorstellungen einseitig zu ändern bzw. fortzuschreiben.

- 1.4 Es ist beabsichtigt, die Baumaßnahme je nach Finanzvolumen, Bewilligung der Zuwendungen bzw. Rats- oder Ausschussbeschlüssen in getrennten Abschnitten durchzuführen. Die Abschnitte werden im weiteren Projektverlauf festgelegt.

§ 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Bestandteile des Vertragsverhältnisses sind – bei nicht durch Auslegung oder durch Ausübung billigen Ermessens durch den AG auflösbaren Widersprüchen – in nachstehender Reihen- und Rangfolge:
 - 2.1.1 die Bestimmungen dieses Vertrages,
 - 2.1.2 das Angebot des AN vom TT.MM.2026 (Anlage 1).
- 2.2 Grundlagen des Vertragsverhältnisses sind im Übrigen – bei Widersprüchen in nachstehender Reihen- und Rangfolge:
 - 2.2.1 das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW in der jeweils aktuellen Fassung,
 - 2.2.2 die Richtlinien zur Unfallverhütung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BA, GUV),
 - 2.2.3 die DIN 276-4:2009-04,
 - 2.2.4 den Erlass zu „Ausschreibungen von mineralischen Stoffen bei öffentlichen Baumaßnahmen“ des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW vom 06.09.2005,
 - 2.2.5 die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten – ZTV-ING – in der zum Planungsbeginn gültigen Fassung,

- 2.2.6 alle sonstigen für das Bauvorhaben geltenden gesetzlichen, öffentlich-rechtlichen und behördlichen Vorschriften, Verordnungen, Richtlinien sowie technischen Bestimmungen und allgemein anerkannten Regeln der Technik und Baukunst sowie der aktuelle Stand der Ingenieurwissenschaften in ihrer jeweils gültigen Fassung,
- 2.2.7 die Honorarordnung für Architekten- und Ingenieure (HOAI 2021),
- 2.2.8 die Regelungen des AHO-Heftes Nr. 24 „Planung von Lichtsignalanlagen – Leistungsbild und Honorierung, Stand Oktober 2022“,
- 2.2.9 die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650 p ff. i.V.m. §§ 631 ff. und §§ 650 a ff. BGB).

§ 3 Leistungsumfang des AN

Der Auftraggeber überträgt, orientiert an den Gebührentatbeständen der HOAI, nachfolgende Leistungen, soweit Teilleistungen einer Grundleistung nicht herausgenommen wurden:

3.1 Leistungsbild Ingenieurbauwerke im Sinne von § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI

3.1.1 Grundleistungen

- Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung
- Leistungsphase 2 – Vorplanung
- Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung
- Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung
- Leistungsphase 6 – Vorbereiten der Vergabe
- Leistungsphase 7 – Mitwirken bei der Vergabe
- Leistungsphase 8 – Bauoberleitung
- Leistungsphase 9 – Objektbetreuung

3.1.2 Besondere Leistungen

- Leistungsphase 8
 - Örtliche Bauüberwachung

3.2 Leistungsbild Verkehrsanlagen im Sinne von § 47 HOAI i.V.m. Anlage 13 zur HOAI

3.2.1 Grundleistungen

- Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung
- Leistungsphase 2 – Vorplanung
- Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung
- Leistungsphase 4 – Genehmigungsplanung
- Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung
- Leistungsphase 6 – Vorbereiten der Vergabe
- Leistungsphase 7 – Mitwirken bei der Vergabe
- Leistungsphase 8 – Bauoberleitung
- Leistungsphase 9 – Objektbetreuung

3.2.2 Besondere Leistungen

- Leistungsphase 1: Ingenieurvermessung einschließlich Erfassung des Kanalbestandes (Hauptkanal)

3.4 Kontrollen während der Leistungsphasen 8

Der Auftragnehmer hat ausreichende Kontrollen vorzunehmen, deren Häufigkeit sich nach ihrer Notwendigkeit und nach dem Fortgang der Arbeiten richtet. Der Auftragnehmer ist dabei nicht verpflichtet, an der Baustelle ein Baubüro zu unterhalten.

3.5 Beauftragung der Leistung

- 3.5.1 Der AG überträgt dem AN für aus den Leistungsbildern Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4.
- 3.5.2 Der AG beabsichtigt nach Abschluss der Leistungsphase 4 der beauftragten Leistungsbilder in einer zweiten Stufe die weiteren Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 8 der Leistungsbilder Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen zu beauftragen, sofern sonstige zwingende Gründe einer Weiterführung der Baumaßnahme nicht entgegenstehen. In einer dritten Stufe sollen die Leistungen der Leistungsphase 9 vergeben werden. Der AG behält sich vor, bei verschiedenen Bauabschnitten die weiteren vereinbarten Leistungen jeweils nur für bestimmte Bauabschnitte der Gesamtmaßnahme abzurufen (abschnittweise Beauftragung).
- 3.5.3 Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele durch die in § 1 Ziff. 1.1 benannten Zielvorstellungen noch nicht hinreichend definiert sind, so dass die Beauftragung des AN gemäß § 650 p Abs. 2 BGB zunächst darauf gerichtet ist, aufbauend auf den bereits – allerdings rudimentär – vorhandenen Zielvorstellungen des Auftraggebers eine Planungsgrundlage zur Ermittlung dieser Ziele zu erstellen. Die Erarbeitung dieser Planungsgrundlage in Abstimmung mit dem Auftraggeber ist Bestandteil der Leistungen gemäß Ziff. 3.5.1.
- 3.5.4 Mit Abschluss dieses Vertrages verpflichtet sich der AN gemäß § 650 q Abs. 1 BGB, nach näherer Maßgabe dieses Vertrages diejenigen Leistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten – und gegebenenfalls nach Vertragsschluss weiterentwickelten – Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen.

§ 4 Kostenobergrenze

- 4.1 Der Kostenrahmen des Auftraggebers für die Maßnahme wird zum Ende der Leistungsphase 3 auf der Grundlage der zu aktualisierenden Kostenberechnung gemeinsam zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer festgeschrieben.
- 4.2 Die Einhaltung dieses Kostenrahmens wird durch den Auftragnehmer im Sinne einer Beschaffenheitsvereinbarung geschuldet. Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, dass der festgeschriebene und während der Projektverwirklichung ggf. fortgeschriebene Kostenrahmen eingehalten werden kann.
- 4.3 Eine Veränderung dieses Kostenrahmens kann nur durch den Auftraggeber und nur schriftlich erfolgen.
- 4.4 Wird für den AN erkennbar, dass der Kostenrahmen voraussichtlich überschritten wird, z.B. wegen gestiegener Baukosten oder wegen einer Unvereinbarkeit sonstiger Vorgaben des AG mit dem Kostenziel, ist der AN verpflichtet, den AG hierüber unverzüglich zu unterrichten und Einsparungsvorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die Einhaltung des vorgesehenen Kostenrahmens sicherzustellen. Im Übrigen gilt § 5 Ziffer 5.1.8.

§ 5 Allgemeine Vertragsbedingungen

5.1 Grundpflichten

- 5.1.1 Die vom AN zu erbringenden Leistungen haben den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, dem Stand der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit - auch hinsichtlich der späteren Nutzung sowie der Unterhaltungs- und Betriebskosten - und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen zu entsprechen.
- 5.1.2 Der AN hat bei der Erbringung der beauftragten Leistungen insbesondere die in § 2 Ziff. 2.2. genannten Vertragsgrundlagen zu berücksichtigen und anzuwenden.
- 5.1.3 Als Sachwalter seines AG darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Der AN darf im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages keine Leistungen für Dritte erbringen, es sei denn, dies wurde durch den AG schriftlich genehmigt. Etwaige Anforderungen Dritter, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Zu diesen Trägern zählen auch Feuerwehr, Katastrophenschutz, Verkehrsbetriebe und Versorgungsträger.
- 5.1.4 Die Anforderungen an die zu erbringende Leistung werden durch eine beim AG vorhandene Sachkunde nicht eingeschränkt. Der AN hat seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des AG zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der AN hat seine Leistungen, insbesondere Vor- und Entwurfsplanung sowie Leistungsverzeichnisse vor ihrer endgültigen Ausarbeitung, mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 8) abzustimmen.
- 5.1.5 Der AN hat rechtzeitig zu prüfen, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.
- 5.1.6 Notwendige Überarbeitungen der Planungsunterlagen bei unverändertem Programm und nur unwesentlichen Änderungswünschen des AG begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
- 5.1.7 Nicht vereinbarte Leistungen, die der AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der AN zu übernehmen, soweit sein Büro diese Leistung erbringen kann. Die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn gem. § 10 HOAI mit dem AG schriftlich zu vereinbaren.
- 5.1.8 Der AN hat den vereinbarten Kostenrahmen einzuhalten. Er hat im Rahmen der Kostenkontrolle eine eigene Kostenüberwachung durchzuführen, diese vierteljährlich als Zwischenbilanz zu erstellen und mit dem AG abzustimmen.
- 5.1.9 Werden bei der laufenden Kostenkontrolle Kostenüberschreitungen, auch in einzelnen Gewerken, erkennbar, so hat der AN diese dem AG unverzüglich schriftlich, unter Angabe der Gründe mitzuteilen sowie Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Bei erkennbaren Kostenverschiebungen sind auf Verlangen des AG zusätzlich zu den Vierteljahresbilanzen, weitere Zwischenbilanzen zu erstellen. Kostenüberschreitungen müssen vor Durchführung der entsprechenden Arbeiten vom AG schriftlich genehmigt werden.
- 5.1.10 Die dem AN übertragenen Leistungen bilden ein einheitliches Ganzes und sind grundsätzlich persönlich und mit eigenen Mitarbeitern und nur durch erfahrene Fachkräfte zu erbringen.
- 5.1.11 Als erfahrene Fachkraft gelten nur Personen mit abgeschlossener Fachausbildung (TH/TU oder FH) bzw. mit gleichwertigen Berufskenntnissen, die in der Regel über eine mindestens dreijährige Berufspraxis verfügen. Personen, welche diese Qualifikationen nicht erfüllen, dürfen nur eingesetzt werden, wenn deren Anleitung und Überwachung durch eine erfahrene Fachkraft gewährleistet ist.

- 5.1.12 Auf der Baustelle muss eine örtliche Objektüberwachung sichergestellt sein. Der für die Bauüberwachung Verantwortliche ist vor Beginn dem AG namentlich zu benennen. Ein Personalwechsel ist nur in Ausnahmefällen (Kündigung, Erkrankung) mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Dabei soll den berechtigten Interessen des Auftragnehmers Rechnung getragen werden.
- 5.1.13 Der AN darf ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers untervergeben.
- 5.1.14 Der AN hat die von ihm gefertigten Unterlagen als Verfasser zu unterzeichnen.
- 5.1.15 Leistungsbeschreibungen sind neben den Vorgaben des Vergaberechts nach den DIN – Vorschriften (Deutsches Institut für Normen) und sofern umgesetzt vorrangig den DIN EN - Vorschriften, jeweils in ihrer gültigen Fassung, aufzustellen. Sollten sich vor der Abnahme des Bauwerks technische Regelwerke, z. B. DIN (EN) – Normen ändern, so hat der AN, sobald er davon Kenntnis erlangen kann, dies dem AG anzuzeigen, die technischen Änderungen und deren Vor- und Nachteile sowie die Kostenfolgen zu erläutern und die Entscheidung des AG abzuwarten.
- 5.1.16 Zu der Aufteilung der auszuschreibenden Bauleistungen in Lose bzw. Fachlosgruppen erstellt der AN einen Vorschlag. Die verbindliche Aufteilung bestimmt der AG.
- 5.1.17 Der AN hat bei Leistungsbeschreibungen jeweils zu den einzelnen Gewerken die von ihm ermittelte zu erwartende aktualisierte Angebotssumme dem AG anzugeben.
- 5.1.18 Es sind nach Möglichkeit umweltfreundliche, insbesondere mit „Umweltzeichen“ (Blauer Engel - Umweltzeichen der Vereinten Nationen) ausgezeichnete Bauprodukte, -leistungen und -verfahren, auszuschreiben bzw. einzubauen. Neben den sonstigen Erfordernissen sind bei Vorlage des Vorschlags zur Angebotswertung die Gesichtspunkte Energieeffizienz, Umweltfreundlichkeit der Bauprodukte, der Leistungen und der Verfahren zu berücksichtigen.
- 5.1.19 Nachtragsangebote, die beim AN eingehen, sind von ihm unverzüglich hinsichtlich ihrer Berechtigung zu prüfen und mit einer schriftlichen Stellungnahme dem AG zuzuleiten. Das gilt auch für Fachplanungsleistungen.
- 5.1.20 Sämtliche Pläne und Leistungsverzeichnisse sind vom AN zu unterzeichnen und dem AG zur Erteilung eines Sichtvermerkes (Freigabe) rechtzeitig vorzulegen. Ein solcher Sichtvermerk ist auch bei allen Änderungen in den Unterlagen erforderlich. Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch den Sichtvermerk oder die Freigabe des AG nicht eingeschränkt.
- 5.1.21 Der AN ist verpflichtet, auf Einladung an bis zu drei Veranstaltungen und/oder Sitzungen, z. B. Anliegerinformationsveranstaltungen, Sitzungen städtischer Ratsgremien, in denen über Angelegenheiten des Bauvorhabens beraten wird, teilzunehmen. **Dieses wird als Besondere Leistung vergütet (siehe § 10, Ziffer 10.2.6).**

5.2 Anforderungen an die Pläne

- 5.2.1 Der AN hat während der Leistungserbringung je nach den Erfordernissen der Baudurchführung, spätestens jedoch bis zur Beendigung seiner Leistungen einen Satz Pläne, 1-fach in Papierform und einmal digital des berechtigten Entwurfs im Maßstab 1:250 bzw. 1:50 als Ausführungszeichnungen mit den tatsächlich vorhandenen Abmessungen, normengerecht farbig bzw. mit Symbolen angelegt und DIN-gerecht gefaltet, übernahmefähig zu übergeben. Sämtliche vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen sind nach DIN anzufertigen und dem AG in kopierfähiger Ausführung zu übergeben.

- 5.2.2 Pläne und Zeichnungen sind zusätzlich in den digitalen Formaten DWG/DXF und PDF zu übergeben. Bei Ausschreibungsunterlagen ist eine entsprechende GAEB-Datei mitzuliefern.
- 5.2.3 Bei größeren Datenmengen (>50 MB) sind Datenträger für die Übergabe zu verwenden. Nach Zustimmung durch den AG ist auch die Nutzung eines digitalen Dokumentendienstes möglich.
- 5.2.4 Für Pläne und Zeichnungen ist der Plankopf / das Schriftfeld des Auftraggebers zu verwenden. Eine Vorlage kann als CAD-Datei im Format DXF zur Verfügung gestellt werden.
- 5.2.5 Der AN hat in Abstimmung mit dem AG ein Planverzeichnis zu erstellen und zu aktualisieren. Bei der Übergabe von Plänen ist der jeweils aktuelle Stand des Verzeichnisses beizufügen.
- 5.2.6 In Ausführungsplänen sind Maßketten so darzustellen, dass ein direktes Ablesen der Einzelmaße sowie der Gesamtmaße relevanter Maßketten möglich ist.
- 5.2.7 Bei Umwandlung von Plänen ins PDF-Format ist sicherzustellen, dass keine Skalierung durchgeführt wird und das Planformat sowie der Maßstabsfaktor korrekt eingestellt sind.
- 5.3 Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen, sonstige Unterlagen
- Sämtliche Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen sind als Datei im pdf-Format auf Datenträger unter Beachtung der Vorgaben des AG, vorzulegen. Leistungsverzeichnisse sind im pdf- und GAEB-Format vorzulegen.
- Zusätzlich sind alle Zeichnungen, Berechnungen, Tabellen und Texte auf Datenträger zu übergeben. Alle Angebotsunterlagen verbleiben beim Fachdienst des AG; bei Bedarf hat sich der AN Abschriften/Ablichtungen anzufertigen. Die Ergebnisse jeder Leistungsphase sind dem AG auf Datenträger zu übergeben (Projektdokumentation).
- 5.4 Besprechungsprotokolle
- Der AN fertigt unverzüglich die Besprechungsprotokolle und verteilt diese, nach vorheriger Zustimmung des AG, an die Beteiligten.
- 5.5 Wahrung der Rechte des AG
- Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet.
- Der AN hat dem AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen ein mit der Bauausführung beauftragtes Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.
- Der AN ist verpflichtet, bekannt gewordene Bauleistungsschäden unverzüglich nach telefonischer Vorabmeldung schriftlich dem AG zu melden. Dabei hat er Rechnungen, die bei ihm eingehen, vor Rechnungsprüfung und Weiterleitung in zweifacher Ausfertigung an den AG mit dem Datum des Eingangs (Eingangsstempel) zu versehen. Er hat dafür zu sorgen, dass die Schadensrechnungen der Firmen dem AG so schnell wie möglich übermittelt werden. Zusätzlich hat der AN dem AG Ursachen und Verantwortlichkeiten mitzuteilen.
- 5.6 Rechnungen
- Rechnungen, die beim AN eingehen, hat dieser vor Rechnungsprüfung und Weiterleitung in zweifacher Ausfertigung an den AG mit dem Datum des Eingangs (Eingangsstempel) zu versehen. Alle Rechnungen einschl. Mengenberechnungen, Aufmaßblättern, Liefer- und Wiegescheinen und Abrechnungszeichnungen der Unternehmer über Bauleistungen und Lieferungen sind vom AN unverzüglich und vollständig zu prüfen und mit dem Vermerk „Sachlich, fachtechnisch und rechnerisch richtig“ an den AG zum Zwecke der Zahlung

weiterzuleiten. Das gilt insbesondere auch für die Prüfung der Schlussrechnungen. Für die Prüfung von Abschlagszahlungen ist der Vordruck des AG, unter Angabe aller bereits geleisteten Zahlungen, zu verwenden. Abschlags- und Skontorechnungen sind innerhalb von sieben Werktagen zu bearbeiten und zur Zahlung weiterzuleiten. Für die Folgen der Verzögerungen haftet der AN. Unter Skontorechnungen fallen auch alle Rechnungen für Lieferungen nach UVgO.

Zum Zeichen der Prüfung hat der AN alle Ansätze und Beträge abzhaken. Dabei ist die Farbe „Rot“ zu verwenden. Der Prüfungsvermerk „Sachlich, fachtechnisch und rechnerisch richtig“ erstreckt sich insbesondere auf die Versicherung, dass

- die aufgeführten Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang tatsächlich erbracht sind;
- diese Lieferungen und Leistungen fachgerecht und vertragsgemäß ausgeführt worden sind;
- die angegebenen Zahlen, Vordersätze, Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen usw. richtig sind;
- die Rechnung rechnerisch richtig ist;
- Übereinstimmung mit dem erteilten Auftrag besteht;
- die Preise dem Auftrag entsprechen;
- die Pläne, Vertragspreise und sonstigen Bauunterlagen eingehalten worden sind und
- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren wurde.

5.7 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- 5.7.1 Dem AN gegenüber wird der AG allein durch die in § 7 Ziffer 7.1 genannte Dienststelle vertreten. Nur diese Dienststelle, nicht die nutzende Verwaltung, ist gegenüber dem AN weisungsbefugt.
- 5.7.2 Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere an der Planung und/oder Bauüberwachung fachlich Beteiligte zu erbringen haben, und über die mit diesen vereinbarten Fristen und Termine, sofern dies nicht eine Grundleistung ist, welche dem AN obliegt.
- 5.7.3 Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten in erforderlichem Maße Auskunft zu geben, Einblick in seine Unterlagen zu gewähren und die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß und auf der Grundlage der Planungs- und Bauablaufplanung ordnungsgemäß und termingerecht erbringen können.
- 5.7.4 Die Leistungen der jeweils fachlich Beteiligten sind vom AN mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten. Wenn während der Vertragserfüllung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AG herbeizuführen.
- 5.7.5 Der AN ist verpflichtet, im Rahmen der vereinbarten Leistungen den AG über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten unverzüglich zu unterrichten. Er hat den AG in hinreichendem Umfang über den Stand der Planung und die Realisierung der Vertragsziele zu informieren.
- 5.7.6 Deutet sich an, dass Vertragsziele aller Voraussicht nach nicht erreicht werden können oder Termine nicht gehalten werden können, ist der AN verpflichtet den AG umgehend zu informieren, die Ursachen dafür zu benennen und Alternativen bzw. Lösungsmöglichkeiten vorzustellen.
- 5.7.7 Der AN hat über seine Leistungen und die ihm bei der Vertragserfüllung bekannt gewordenen Vorgänge Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren. Der AN

darf ohne Einwilligung des AG keine Unterlagen aushändigen oder Auskünfte erteilen, die sich auf die Baumaßnahme beziehen. Ziffer 5.7.3 bleibt unberührt. Für die Öffentlichkeitsarbeit ist ausschließlich die Pressestelle der AG zuständig.

- 5.7.8 Der AG wird den AN auf die Einhaltung des Verpflichtungsgesetzes verpflichtet. Der AN und seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I, S. 469) in der Änderungsfassung vom 15. August 1974 (BGBl. I, S. 1942) in Verbindung mit §11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches verpflichten lassen. Der Einsatz anderer Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Diese Mitarbeiter sind unverzüglich nachzubenennen.

5.8 Auskunftspflicht des AN

Der AN hat dem AG auf dessen Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für das Vorhaben für abgeschlossen erklärt ist.

5.9 Herausgabeanspruch des AG

Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrages für den AG gefertigten und beschafften sowie die ihm überlassenen Unterlagen sind dem AG auf Anforderung, spätestens mit der Abnahme seiner Vertragsleistung, auszuhändigen und werden dessen Eigentum.

Hierzu gehören auch Vervielfältigungen der der Ausführung entsprechenden Originalzeichnungen und -berechnungen. Weiterhin kann der AG nach Beendigung der Leistungen des AN die Aushändigung aller Schriftstücke, Pläne und Dateien verlangen, die sich auf die Ausführung von Aufträgen beziehen und von rechtserheblicher Bedeutung sein können. Ein Zurückbehaltungsrecht des AN ist ausgeschlossen; er ist insoweit vorleistungspflichtig.

Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

5.10 Zahlungen

- 5.10.1 Eine Abschlagszahlung einschließlich Umsatzsteuer kann nur für nachgewiesene, vertragsgemäß erbrachte Leistungen gewährt werden. Leistungen gelten als nachgewiesen, wenn der Leistungsfortschritt durch den Auftragnehmer nachvollziehbar dokumentiert worden ist.
- 5.10.2 Die Schlusszahlung für die übrigen Leistungen wird fällig, wenn der AN sämtliche Leistungen aus diesem Vertrag erfüllt hat, seine Leistung abgenommen wurde und der AN eine prüfbare Schlussrechnung eingereicht hat.
- 5.10.3 Vertragsgemäß erbrachte, beantragte und nachgewiesene Nebenkosten werden anteilig zu Honorarzahlen erstattet.
- 5.10.4 Alle Rechnungen (einschließlich Nachweis für Nebenkosten) sind im Original mit zwei Durchschriften einzureichen. Der AN kann die Rechnung auch in elektronischer Form, versehen mit einer qualifizierten Signatur, einreichen.
- 5.10.5 Wird nach Annahme der Schlusszahlung/Teilschlusszahlung festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender Honorarparameter ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das gleiche gilt bei Rechen- und/oder Übertragungsfehlern. AG und AN sind verpflichtet, die dem anderen Teil danach jeweils zustehenden Beträge zu erstatten. Der AN kann sich nicht auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Der AN ist verpflichtet, eine Überzahlung innerhalb von 14

Kalendertagen, nach Aufforderung, zu erstatten, danach befindet er sich im Verzug.

5.11 Kündigung

- 5.11.1 AN und AG sind zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grunde berechtigt. Das Recht des AG zur ordentlichen Vertragskündigung sowie gegebenenfalls das Sonderkündigungsrecht beider Vertragsparteien nach § 650r BGB bleiben daneben unberührt.
- 5.11.2 Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den AG insbesondere dann vor, wenn
- er seine Bauabsicht für das geplante Objekt nachhaltig aufgegeben hat;
 - das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich gestört ist, oder andere Umstände vorliegen, auf Grund derer ein Festhalten des Auftraggebers am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann;
 - der AN seine Zahlungen eingestellt hat, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt hat, oder die Leistungsfähigkeit des AN aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in seine Fähigkeit oder seine Bereitschaft zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht,
 - der AN schuldhaft seine Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung nach § 4 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) nicht erfüllt hat sowie bei schuldhaften Verstößen gegen die Verpflichtungen des AN aus § 9 Abs. 1 TVgG – NRW.
- 5.11.3 Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den AN liegt insbesondere dann vor, wenn
- der AG mit einer fälligen Zahlung oder auf andere Weise mit einer erheblichen Vertragspflicht in Verzug gerät;
 - das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien aus anderen, nach Vertragsschluss eingetretenen Gründen so erheblich gestört ist, dass dem AN ein Festhalten an dem Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann.
- 5.11.4 Sowohl die von dem AG, als auch die von dem AN erklärte Kündigung bedarf der Schriftform (§ 650 h BGB). Die Kündigung aus wichtigem Grunde ist erst zulässig, wenn der kündigende Vertragspartner dem anderen Vertragspartner zuvor ohne Erfolg schriftlich eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde. Das gilt nicht, wenn der Vertragspartner die Vertragserfüllung schon zuvor endgültig und ernsthaft verweigert hat, so dass eine Fristsetzung eine sinnlose Förmlichkeit darstellen würde.
- 5.11.5 Angemessen im Sinne von § 648a BGB i.V.m. § 314 Abs. 3 BGB ist in der Regel eine Frist von 14 Tagen.
- 5.11.6 Im Falle der ordentlichen Vertragskündigung durch den AG sowie im Falle der einvernehmlichen Vertragsaufhebung (ohne dass die Vertragsaufhebung aus einem vom AN zu vertretenden Grunde veranlasst worden wäre), behält der AN den Anspruch auf das vertragliche Honorar auch für die infolge der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr erbrachten Leistungen. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart, sowie außerdem auch dasjenige, was er durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (»anderweitiger Erwerb«).

Die ersparten Aufwendungen werden mit 95 % des Honorars der noch nicht erbrachten Leistungen festgelegt, sofern nicht der AG höhere, oder der AN geringere Ersparnisse nachweist. Anderweitiger Erwerb ist von dieser Pauschalierung nicht umfasst und zusätzlich zu berücksichtigen.

- 5.11.7 Im Falle einer Vertragsbeendigung durch eine vom AG ausgesprochenen Kündigung oder eine einvernehmliche Vertragsaufhebung aus einem wichtigen, vom AN zu vertretenden Grund hat der Auftragnehmer lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Leistungen, soweit die erbrachten Leistungen für den Auftraggeber zumutbarer Weise verwertbar sind. Sofern ein Anspruch des AG dem AN gegenüber auf Schadensersatz und/oder auf Mehrkostenerstattung besteht, ist der AG berechtigt, mit diesem Anspruch die Aufrechnung gegenüber dem Vergütungsanspruch des AN zu erklären.
- 5.11.8 In allen sonstigen Fällen der Vertragsbeendigung (Kündigung bzw. einvernehmliche Vertragsaufhebung aus wichtigem Grunde durch den AN, sowie Kündigung bzw. einvernehmliche Vertragsaufhebung aus einem wichtigen, aber nicht vom AN zu vertretenden Grund durch den AG) hat der AN Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung erbrachten Leistungen. Daneben bestehende gesetzliche Ansprüche (z.B. Anspruch aus § 642 BGB; Schadensersatzanspruch gem. § 648 Abs. 6 BGB) bleiben unberührt.

§ 6 Bevollmächtigung des Auftragnehmers

- 6.1 Der Auftragnehmer benennt als Projektleitung:

Name:

Arbeitsstelle:

Telefon und Fax:

Mobil:

E-Mail-Adresse und Fax:

- 6.2 Die Projektleitung ist in Abstimmung mit dem AG bevollmächtigt, alle Handlungen und Maßnahmen zu ergreifen, die für eine ordnungsgemäße, sachlich und technisch richtige sowie termin- und kostenmäßige Leistungserbringung und Projektabwicklung erforderlich sind. Der AG bevollmächtigt den AN im Übrigen, die erforderlichen Verhandlungen mit Behörden und den am Bau Beteiligten zu führen sowie Anweisungen im Rahmen der ihm übertragenen Tätigkeiten gegenüber Dritten abzugeben.
- 6.3 Diese Vollmacht umfasst nicht das Recht zur Abgabe rechtsgeschäftlicher oder rechtsgestaltender Erklärungen und gilt nicht für den Abschluss, die Änderung oder die Aufhebung von Verträgen und für Erklärungen, die finanzielle Verpflichtungen des AG begründen oder erweitern.
- 6.4 Insbesondere ist der AN nicht bevollmächtigt, das Werk oder einzelne Gewerke gemäß § 12 Absatz 4 Nr. 1 VOB/B rechtsgeschäftlich abzunehmen oder Vorbehalte wegen bekannter Mängel und/oder wegen Vertragsstrafen gem. § 11 Absatz 4 VOB/B zu erklären.

§ 7 Leistungen des Auftraggebers

- 7.1 Der AG wird während der Durchführung des Bauprojekts ausschließlich von der Stadt Gronau, Fachdienst Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün und dem Abwasserwerk der Stadt Gronau (Westf.) vertreten. Folgende Personen sind alleinige Ansprechpartner in allen diesen Vertrag und seine Durchführung betreffende Fragen:
- 7.1.1 Ansprechpartner Verkehrsanlagen
und Technische Ausrüstung: Herr Hoffschlag
Telefon: 0 25 62 / 12-296
E-Mail: h.hoffschlag@gronau.de
- 7.1.2 Vertretung: Herr Homölle
Telefon: 0 25 62 / 12-445
E-Mail: a.homoelle@gronau.de
- 7.1.3 Ansprechpartner Ingenieurbauwerke: Herr Nienhaus
Telefon: 0 25 62 / 717-905
E-Mail: h.nienhaus@stadtwerke-gronau.de
- 7.1.4 Vertretung: Herr Hörmann
Telefon: 0 25 62 / 12-903
E-Mail: s.hoermann@stadtwerke-gronau.de
- 7.2 Folgende Leistungen werden vom AG erbracht:
- 7.2.1 Der AG wählt das Baugrundstück aus. Soweit das Grundstück für den vorgesehenen Zweck nicht tauglich erscheint, hat der AN die AG darauf hinzuweisen. Der AG wird ggf. ein Gutachten über dessen Eignung einholen.
- 7.2.2 Die AG stellt dem AN auf Anforderung die bei ihm vorhandenen Unterlagen - insbesondere Kataster-(Flur)karten, Lage- und Höhenpläne-, soweit der AN sie für seine Leistungen benötigt, zur Verfügung. Der AN hat den Erhalt der Unterlagen zu quittieren.
- 7.2.3 Die AG vermisst - falls erforderlich - das Baugelände. Von der Übergabe der vermessenen Punkte ist ein Protokoll zu erstellen.
- 7.2.4 Zeichnungen, Leistungsverzeichnisse und Berechnungen werden vom AG vervielfältigt. Mit Zustimmung des AG kann der AN im Einzelfall die Vervielfältigungen selbst erstellen.
- 7.2.5 Aufträge an ausführende Firmen oder fachlich Beteiligte werden nur durch den AG vergeben.
- 7.2.6 Der AG trifft die sachliche Feststellung und bringt die Zahlungen zu den vom AN geprüften Rechnungen zur Anweisung.
- 7.2.7 Der Auftraggeber erstellt und verteilt ein Organigramm aller Projektbeteiligten mit deren Funktionen und den erforderlichen Kontaktdaten.

§ 8 Fachlich Beteiligte

Der Auftraggeber beauftragt oder beabsichtigt die Beauftragung von Fachplanern oder Fachingenieuren für folgende und ggf. weitere Leistungsbereiche:

- 8.1 Bodengutachten: wird noch beauftragt, soweit erforderlich,
- 8.2 Vermessung: wird noch beauftragt, soweit erforderlich,
- 8.3 SiGeKo wird noch beauftragt, sofern erforderlich.

Der AN ist verpflichtet den AG rechtzeitig auf die Hinzuziehung weiterer Fachplaner hinzuweisen, wenn sie für die Erfüllung der Vertragsziele notwendig sind.

§ 9 Termine und Fristen

9.1 Für die Leistungen nach § 3 wird folgendes vereinbart:

- 9.1.1 Erbringen der Leistungsphasen 1 und 2
innerhalb von vier Monaten nach Auftragserteilung,

9.2 Der Auftragnehmer hat seine weiteren Leistungen auf der Grundlage eines Rahmenterminplanes zu erbringen, der auf der Grundlage des im Verhandlungsverfahrens vorgestellten Projektterminplanes mit dem Auftraggeber in der Leistungsphase 2 abgestimmt wird. Dieser wird Anlage 2 des Vertrages.

9.3 Von drohenden oder eintretenden eigenen Leistungsverzögerungen oder Leistungsverzögerungen Dritter hat der AN den AG unverzüglich und schriftlich zu unterrichten, unabhängig davon, ob er diese zu vertreten hat oder nicht. AN und AG erörtern, ob und in welchem Umfang eine Leistungsverzögerung vorliegt und wie dieser entgegengesteuert werden kann. Der AN hat hierzu Vorschläge zu unterbreiten. Das Recht des AG, unabhängig von einer solchen gemeinsamen Feststellung Anordnungen gleich welcher Art zu treffen, bleibt unberührt.

§ 10 Honorar

10.1 Leistungsbild Ingenieurbauwerke

10.1.1 Anrechenbare Kosten

10.1.1.1 Für sämtliche in diesem Vertrag genannten Leistungen wird das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten gemäß §§ 4, 42 HOAI ermittelt.

10.1.1.2 Für die vorläufige Honorierung, d. h. bis zum Vorliegen der vom AG genehmigten Kostenberechnung bzw. -schätzung, werden die anrechenbaren Kosten mit zunächst 800.000 Euro, (netto, ohne Umsatzsteuer) zu Grunde gelegt.

10.1.1.3 Die anrechenbaren Kosten werden auf der Grundlage der im Rahmen der Leistungsphase 3 zu erstellenden Kostenberechnungen ermittelt.

10.1.2 Kommt das geplante Bauvorhaben nicht zur Ausführung, erfolgt die Abrechnung des Honorars nach der vorliegenden, vom AG genehmigten Kostenermittlung (Kostenschätzung, -berechnung). Liegt diese nicht vor, werden der Honorarabrechnung, abweichend von § 4 HOAI, die angegebenen vorläufigen anrechenbaren Kosten endgültig zugrunde gelegt.

10.1.3 Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Ingenieurleistungen dieses Leistungsbildes ein Objekt umfasst.

10.1.4 Es wird die Honorarzone III, Basishonorarsatz, gemäß § 5 Abs. 1 HOAI, zugrunde gelegt. Wird nichts anderes vereinbart, gilt der Basishonorarsatz.

10.1.5 Grundleistungen

Es werden folgende Honorarsätze vereinbart:

- Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung 2,00 %,
- Leistungsphase 2 – Vorplanung 20,00 %,
- Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung 25,00 %,
- Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung 15,00 %,
- Leistungsphase 6 – Vorbereitung der Vergabe 13,00 %,
- Leistungsphase 7 – Mitwirken bei der Vergabe 4,00 %,
- Leistungsphase 8 – Bauoberleitung 15,00 %,
- Leistungsphase 9 – Objektbetreuung 1,00 %.

10.1.6 Besondere Leistungen

Für die in § 3, Ziffer 3.1.2 vereinbarten Besonderen Leistungen wird folgendes Honorar vereinbart:

Örtliche Bauüberwachung: % der anrechenbaren Kosten gemäß Ziffer 10.1.1.

10.1.7 Auf das Honorar für die Grundleistungen wird ein Zuschlag / Nachlass von % vereinbart.

10.1.8 Für Umbauten und Modernisierungen i. S. v. § 2 Abs. 5 oder 6 HOAI wird gemäß § 6 Absatz 2, Satz 3 HOAI i.V.m. § 44 Absatz 6 HOAI ein Zuschlag von % vereinbart.

10.2 Leistungsbild Verkehrsanlagen

10.2.1 Anrechenbare Kosten

10.2.1.1 Für sämtliche in diesem Vertrag genannten Leistungen wird das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten gemäß §§ 4, 46 HOAI ermittelt.

10.2.1.2 Für die vorläufige Honorierung, d. h. bis zum Vorliegen der vom AG genehmigten Kostenberechnung bzw. -schätzung, werden die anrechenbaren Kosten mit zunächst 4.200.000 Euro (netto, ohne Umsatzsteuer) zu Grunde gelegt.

10.2.2 Kommt das geplante Bauvorhaben nicht zur Ausführung, erfolgt die Abrechnung des Honorars nach der vorliegenden, vom AG genehmigten Kostenermittlung (Kostenschätzung, -berechnung). Liegt diese nicht vor, werden der Honorarabrechnung, abweichend von § 4 HOAI, die angegebenen vorläufigen anrechenbaren Kosten endgültig zugrunde gelegt.

10.2.3 Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Ingenieurleistungen dieses Leistungsbildes ein Objekt umfasst.

10.2.4 Es wird die Honorarzone III, Basishonorarsatz, gemäß § 5 Abs. 1 HOAI, zu Grunde gelegt. Wird nichts anderes vereinbart, gilt der Basishonorarsatz.

10.2.5 Grundleistungen:

Es werden folgende Honorarsätze vereinbart:

- Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung: 2,00 %,
- Leistungsphase 2 – Vorplanung: 20,00 %,
- Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung: 25,00 %,
- Leistungsphase 4 – Genehmigungsplanung 8,00 %
- Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung: 15,00 %,
- Leistungsphase 6 – Vorbereitung der Vergabe: 10,00 %,
- Leistungsphase 7 – Mitwirken bei der Vergabe: 4,00 %,
- Leistungsphase 8 – Bauoberleitung: 15,00 %,
- Leistungsphase 9 – Objektbetreuung: 1,00 %.

10.2.6 Besondere Leistungen

Für die in § 3, Ziffer 3.2.2 vereinbarten Besonderen Leistungen wird folgendes Honorar vereinbart:

- Ingenieurvermessung einschließlich Erfassung des Kanalbestandes (Hauptkanal)
- Mitwirken bei Veranstaltungen bzw. Sitzungen
- Örtliche Bauüberwachung: % der anrechenbaren Kosten gemäß Ziffer 10.2.1
- Nachtragsprüfung der ausführenden Unternehmen.

10.2.7 Auf das Honorar für die Grundleistungen wird ein Zuschlag / Nachlass von % vereinbart.

10.2.8 Für Umbauten und Modernisierungen i. S. v. § 2 Abs. 5 oder 6 HOAI wird gemäß § 6 Absatz 2, Satz 3 HOAI i.V.m. § 44 Absatz 6 HOAI ein Zuschlag von % vereinbart.

10.3 Leistungsbild Technische Ausrüstung – Planung von Lichtsignalanlagen

10.3.1 Anrechenbare Kosten

10.3.1.1 Für sämtliche in diesem Vertrag genannten Leistungen wird das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten gemäß §§ 4, 54 HOAI ermittelt.

10.3.1.2 Für die vorläufige Honorierung, d. h. bis zum Vorliegen der vom AG genehmigten Kostenberechnung bzw. -schätzung, werden die anrechenbaren Kosten mit zunächst 350.000 Euro (netto, ohne Umsatzsteuer) zu Grunde gelegt.

10.3.2 Kommt das geplante Bauvorhaben nicht zur Ausführung, erfolgt die Abrechnung des Honorars nach der vorliegenden, vom AG genehmigten Kostenermittlung (Kostenschätzung, -berechnung). Liegt diese nicht vor, werden der Honorarabrechnung, abweichend von § 4 HOAI, die angegebenen vorläufigen anrechenbaren Kosten endgültig zugrunde gelegt.

10.3.3 Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Ingenieurleistungen dieses Leistungsbildes ein Objekt umfasst.

10.3.4 Es wird die Honorarzone III, Basishonorarsatz, gemäß § 5 Abs. 1 HOAI, zu Grunde gelegt. Wird nichts anderes vereinbart, gilt der Basishonorarsatz.

10.3.5 Grundleistungen:

Es werden folgende Honorarsätze vereinbart:

- Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung: 2,00 %,
- Leistungsphase 2 – Vorplanung: 9,00 %,
- Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung: 17,00 %,
- Leistungsphase 4 – Genehmigungsplanung: 2,00 %,
- Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung: 22,00 %,
- Leistungsphase 6 – Vorbereitung der Vergabe: 7,00 %,
- Leistungsphase 7 – Mitwirken bei der Vergabe: 5,00 %,
- Leistungsphase 8 – Bauoberleitung: 35,00 %,
- Leistungsphase 9 – Objektbetreuung: 1,00 %.

10.3.6 Besondere Leistungen

Für die in § 3, Ziffer 3.3.2 vereinbarten Besonderen Leistungen wird folgendes Honorar vereinbart:

- | | |
|-------------------|---|
| Leistungsphase 2: | a) Planung einer koordinierten Signalsteuerung nach den Steuerungsverfahren B1 bis B5 (RiLSA Kap. 4) |
| Leistungsphase 3: | a) Planung einer koordinierten Signalsteuerung nach den Steuerungsverfahren B1 bis B5 (RiLSA Kap. 4) |
| Leistungsphase 5: | a) Planung einer koordinierten Signalsteuerung nach den Steuerungsverfahren B1 bis B5 (RiLSA Kap. 4), Basisleistung: Phasenstruktur sowie Parameter, Variablen und logische Bedingungen
b) Planung einer koordinierten Signalsteuerung nach den Steuerungsverfahren B1 bis B5 (RiLSA Kap. 4)
Erweiterung der Leistung zu a):
Rahmensignalzeitenpläne, Steuerungslogik, Prüfungen am verkehrstechnischen Arbeitsplatz
f) Erstellung der Direktversorgungsdaten für das Steuergerät |
| Leistungsphase 8: | a) Verkehrstechnische Abnahme am Testplatz der Herstellerfirma
b) Durchführung von verkehrstechnischen Funktionsprüfungen vor Ort
c) Verkehrstechnische Funktionsprüfung mit Prozessdaten aus der Lichtsignalsteuerungszentrale, ersatzweise aus dem Steuerungsgerät für zwei Zeitbereiche der entsprechenden Signalprogramme
d) einmalige Feinjustierung von Parametern der verkehrsabhängigen Steuerung |

10.3.7 Auf das Honorar für die Grundleistungen wird ein Zuschlag / Nachlass von % vereinbart.

10.3.8 Für Umbauten und Modernisierungen i. S. v. § 2 Abs. 5 oder 6 HOAI wird gemäß § 6 Absatz 2, Satz 3 HOAI i.V.m. § 44 Absatz 6 HOAI ein Zuschlag von % vereinbart.

10.4 Zeithonorare

Soweit zusätzliche oder besondere Leistungen nach Stundensätzen abzurechnen sind, gelten folgende Stundensätze:

Geschäftsführung:	Euro,
Projektleitung:	Euro,
Mitarbeiter/in, der/die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllt:	Euro,
sonstige Mitarbeiter/in:	Euro.

Die Berechnung der Zeithonorare erfolgt nach den im Vertrag vereinbarten Stundensätzen durch Abschätzen des benötigten Zeitbedarfs als Fest- oder Höchstbetrag.

Ist eine Vorausschätzung nicht möglich, ist das Honorar nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand zu berechnen. Der AN hat erbrachte Leistung und den Leistungszeitraum unter Angabe des jeweiligen Bearbeiters zu dokumentieren und nachvollziehbar nachzuweisen. Die Stundenzettel sind der AG wöchentlich zu übergeben.

10.5 Nebenkosten werden pauschal mit % des Nett honorars (ohne Umsatzsteuer) für die Grundleistungen und die übrigen Honorarkomponenten abgegolten.

10.6 Die im Zeitpunkt der Leistungserbringung gültige Umsatzsteuer für das Honorar des AN werden zusätzlich gezahlt.

10.7 Honorar bei Um- und Mehrfachplanungsleistungen sowie bei Projektverzögerungen und –unterbrechungen

10.7.1 Die stufenweise Fortentwicklung und Durcharbeitung der Planung innerhalb einer bestimmten Leistungsstufe (Planungsoptimierung) einschließlich der Erarbeitung von Alternativen wird nicht vergütet, soweit die Planungsleistung Bestandteil der Grundleistungen der jeweiligen Leistungsphase ist. Im Gegensatz zu Planungsoptimierungen sind geänderte Leistungen gesondert zu vergüten, wenn sie auf Änderungsvereinbarungen im Sinne von § 650 q Abs. 1 i.V.m. § 650 b Abs. 1 BGB oder auf einer Änderungsanordnung des AG im Sinne von § 650 q Abs. 1 i.V.m. § 650 b Abs. 2 BGB beruhen. Änderungsvereinbarungen im Sinne von § 650 q Abs. 1 i.V.m. § 650 b Abs. 1 BGB sollen eine Vereinbarung über die Vergütungsanpassung infolge der Änderung umfassen. Der Anspruch auf Vergütungsanpassung nach Maßgabe der folgenden Regelungen besteht aber unabhängig vom Zustandekommen einer solchen Vereinbarung.

10.7.2 Für Änderungsleistungen im Sinne von § 650 b Abs. 1 Nr. 1 BGB (nicht notwendige Änderungen), bei denen es sich nicht um Grundleistungen oder um Teile von Grundleistungen der HOAI handelt, gilt § 10 Ziffer 10.4 dieses Vertrages, sofern die Parteien keine andere Vereinbarung treffen.

10.7.3 Für Änderungsleistungen im Sinne von § 650 b Abs. 1 Nr. 1 BGB (nicht notwendige Änderungen), bei denen es sich um Grundleistungen oder um Teile von Grundleistungen der HOAI handelt, gilt:

§ 10 HOAI ist auch im Falle einer Änderungsanordnung des AG im Sinne von § 650 q Abs. 1 i.V.m. § 650 b Abs. 2 BGB anwendbar. Sind die Gründe für die Änderungsanordnung vom AN zu vertreten, kann er eine Honorarerhöhung nach § 10 HOAI nur geltend machen, wenn es zu der wiederholten Erbringung von Grundleistungen bzw. zu der Erhöhung der anrechenbaren Kosten auch ohne den vom AN zu vertretenden Umstand gekommen wäre.

- Sind bereits erbrachte Grundleistungen ganz oder teilweise erneut zu erbringen, gilt § 10 Abs. 2 HOAI mit folgenden Maßgaben:

§ 10 Abs. 2 HOAI gilt unabhängig davon, ob sich die anrechenbaren Kosten verändern oder gleich bleiben.

Maßgeblich für die Ermittlung des anteilig zu berechnenden Honorars für wiederholt erbrachte Grundleistungen nach § 10 Abs. 2 sind § 8 Abs. 2 HOAI. Ist von den wiederholt zu erbringenden Leistungen nur ein Teilbereich des Bauvorhabens betroffen, ist – sofern die Parteien nicht vor Ausführung der geänderten Leistung schriftlich etwas anderes vereinbaren – das anteilige Honorar im Sinne von § 10 Abs. 2 i.V.m. § 8 Abs. 2 HOAI bezogen auf die anrechenbaren Kosten für das Gesamtobjekt, also nicht nur für den von der Änderungsleistung betroffenen Teilbereich des Bauvorhabens zu ermitteln. Die Bewertung des anteiligen Honorars für die Wiederholungsleistung (§ 8 Abs. 2 HOAI) ist entsprechend dem Verhältnis der anrechenbaren Kosten des von der Wiederholungsleistung betroffenen Teilbereichs zu den anrechenbaren Kosten des Gesamtobjekts zu reduzieren.

- Ändern sich die anrechenbaren Kosten, gilt § 10 Abs. 1 HOAI mit folgenden Maßgaben:

Die Honoraranpassung nach § 10 Abs. 1 HOAI kann neben einer Honoraranpassung nach § 10 Abs. 2 HOAI geltend gemacht werden.

Verringern sich die anrechenbaren Kosten, bleibt ein etwaiger Anspruch des AN nach § 649 BGB von § 10 Abs. 1 HOAI unberührt.

10.7.4 Für Änderungsleistungen im Sinne von § 650 b Abs. 1 Nr. 2 BGB (notwendige Änderungen) gelten die Absätze 2 und 3 nur dann und insoweit, als die Gründe, die die Änderung notwendig machen, auf einer vertraglichen oder vorvertraglichen Pflicht- bzw. Obliegenheitsverletzung des AG beruhen, oder wenn die Notwendigkeit der Änderung bei Vertragsschluss für den AG erkennbar war. Dies gilt auch für etwaige Beschleunigungsmaßnahmen, die erforderlich werden, um eine Zielvorstellung in zeitlicher Hinsicht (im Sinne von § 650 p BGB) erreichen zu können. Liegen die genannten Voraussetzungen nicht vor, liegt das Risiko notwendiger Änderungen, um die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele einzuhalten, beim AN.

10.7.5 Aus Unterbrechungen und Verzögerungen des Projektes kann der AN nur unter den Voraussetzungen eines entsprechenden gesetzlichen Anspruchs (z.B. §§ 280 ff.; 286 ff.; 642 BGB) Ansprüche herleiten.

§ 11 Gewährleistung, Verjährung, Abnahme und Haftpflichtversicherung des AN

11.1 Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.

11.2 Die Gewährleistungsansprüche des AG aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme oder bauabschnittswisen Teilabnahme der vom AN erbrachten Leistungen. Für Schadenersatzansprüche wegen positiver Vertragsverletzung gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung.

11.3 Nach vollständiger Leistungserbringung hat der AN Anspruch auf eine förmliche Abnahme. Der gesetzliche Anspruch auf Teilabnahme gemäß § 650 s BGB bleibt unberührt.

11.4 Der AN muss während der gesamten Vertragslaufzeit eine Berufshaftpflichtversicherung unterhalten und nachweisen. Bevor dieser Nachweis nicht erbracht wird hat der AN keinen Anspruch auf Leistungen oder Honorarzahungen durch den AG. Der Nachweis ist durch Vorlage der Versicherungspolice und einer aktuellen Bestätigung der

Berufshaftpflichtversicherung über das Bestehen der Versicherung zu führen. Der AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus diesem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen besteht, mindestens jedoch für Personenschäden 2.000.000 Euro und für Sachschäden 2.000.000 Euro, zweifach maximiert für das Versicherungsjahr.

- 11.5 Der AN hat des Weiteren zu gewährleisten, dass dieser Versicherungsschutz während der Abwicklung des Bauprojekts bis zur Abnahme besteht. Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit die Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. In diesem Falle ist er verpflichtet, durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit sicher zu stellen und nachzuweisen.

§ 12 Arbeitsgemeinschaft

- 12.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, hat der AN durch eine schriftliche Vollmacht, die von allen Mitgliedern der ARGE unterschrieben sein muss zu bestimmen, welches Mitglied der ARGE diese gegenüber dem AG federführend vertritt.

- 12.2 Die ARGE benennt als bevollmächtigten Vertreter

Name:

Anschrift:

Telefon/ Fax

E-Mail-Adresse :

- 12.3 Beschränkungen der Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.
- 12.4 Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen einschließlich der Gewährleistungspflichten haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, auch nach deren Auflösung, gesamtschuldnerisch.
- 12.5 Zahlungen mit befreiender Wirkung für den AG erfolgen ausschließlich durch Leistung an den bevollmächtigten Vertreter oder nach dessen schriftlicher Weisung an Dritte. Zahlungen an einzelne Mitglieder der ARGE werden nur nach Vorlage einer von allen Mitgliedern unterschriebene Anweisung geleistet. Diese Regelung gilt auch nach Auflösung der ARGE.

§ 13 Aufrechnung / Abtretung

- 13.1 Der AN darf nur mit anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegen Forderungen des AG aufrechnen.
- 13.2 Die Abtretung von Forderungen gegen den AG ist nur mit dessen vorheriger Zustimmung gestattet.

§ 14 Vertragsstrafen

- 14.1 Bei schuldhafter Überschreitung der zu § 9 vereinbarten Fristen hat der AN eine Vertragsstrafe von 0,2 v.H. für jeden Arbeitstag der Verspätung, höchstens jedoch 5 v. H. der geprüften Nettohonorarsumme zu zahlen.
- 14.2 Hat der AN schuldhaft eine Korruptionsabsprache getroffen, so wird, wenn die Absprache nachgewiesen wird, eine Vertragsstrafe i. H. v. 15 % der Nettoauftragssumme fällig.
- 14.3 Der AG behält sich die Geltendmachung einer weitergehenden Schadensersatzforderung vor.

§ 15 Urheber- und Verwertungsrecht

- 15.1 Soweit die vom AN erstellten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte des AG auf Nutzung und Änderung dieses Werkes nach Ziffer 15.1; ansonsten gilt Ziffer 15.2
 - 15.1.1 Der AG darf die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Der AG wird den AN vor wesentlichen Änderungen Werkes anhören. Die Unterlagen dürfen auch für eine Wiederherstellung des Werkes verwandt werden.
 - 15.1.2 Der AG darf die Unterlagen sowie das ausgeführte Werk dann ändern, wenn eine Interessensabwägung im Einzelfall ergibt, dass das Gebrauchs- und Nutzungsinteresse des AG das Schutzinteresse des AN an seinem unveränderten Werk überwiegt. In einem solchen Falle wird dem AN Gelegenheit gegeben, innerhalb einer angemessenen Frist zu der geplanten Änderung Stellung zu nehmen.
 - 15.1.3 Vorhandene Mängel am Bauwerk, die insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit darstellen und nicht ohne Änderung des Werkes behoben werden können, kann der AG ohne Mitwirkung des AN beheben. Soweit möglich wird der AN vor der Ausführung der Änderung angehört.
- 15.2 Der AG hat das Recht, die Unterlagen für die Planung für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN zu nutzen und zu ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk.
- 15.3 Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Der AN bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen, schriftlichen Zustimmung des AG.
- 15.4 Die vom AN an den AG herauszugebenden Datenträger können ohne gesonderte Lizenzgebühr vom AG - allerdings nur für die vom Vertrag umfasste Baumaßnahme - genutzt werden.
- 15.5 Der AN hat kein Recht darauf, dass sein Name am Werk genannt wird.
- 15.6 Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn dieser Vertrag - gleich aus welchen Gründen - vorzeitig beendet wird.

§ 16 Rechtswahl, Erfüllungsort und Gerichtsstand

16.1 Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem deutschen Recht.

16.2 Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gronau (Westf.).

16.3 Es wird die Anwendung der deutschen Sprache vereinbart.

§ 17 Schriftform

Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Aufhebung dieser Schriftformklausel.

§ 18 Salvatorische Klausel

18.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht.

18.2 Die Parteien verpflichten sich unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Zur Ausfüllung der Lücke verpflichten sich die Parteien auf die Vereinbarung angemessener Regelungen in diesem Vertrag hinzuwirken, die dem am nächsten kommen, was die Vertragschließenden nach dem Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von Ihnen bedacht worden wäre.

Auftraggeber

Gronau, den

Groß-Holtick
Stadtbaurat

Deitermann

Auftragnehmer

, den

Name
Geschäftsführer

Anlagen:

1. Angebot des Auftragnehmers vom TT.MM.2026
2. Rahmenterminplan, Stand TT.MM.2026
3. Protokoll des Verhandlungsgespräches vom TT.MM.2026